



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich bedanke mich dafür, dass ich Euer/Ihr Kandidat für die Landtagswahl im nächsten Jahr sein darf. Die einstimmige Zustimmung der 30 Delegierten des Wahlkreises Lauenburg-Süd auf der Wahlkreiskonferenz am 13. September 2011, bedeutet für mich Ansporn und Freude zugleich. Mit diesem eindeutigen Vertrauensbeweis im Rücken ist das Ziel klar: Der Wahlkreis 35 muss direkt für die SPD gewonnen werden. Der neue Wahlkreis 35 (Lauenburg-Süd), für den ich kandidiere, umschließt die Ämter Hohe Elbgeest, Lüttau und Schwarzenbek-Land sowie die Städte Geesthacht, Lauenburg und Schwarzenbek.

Die CDU-FDP-Landesregierung hat gezeigt, dass sie es nicht kann. Diese Regierung hat Schleswig-Holstein nicht voran gebracht. Wir brauchen einen anderen Politikstil für unser Land. Es ist Zeit für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein. Die Landtagswahl am 6. Mai 2012 entscheidet über die Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins.

Ihr und Euer Olaf Schulze



Themen:

- Olaf Schulze ist Landtagskandidat für den WK 35
- Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik
- Zum Glückspielvertrag
- Kurzinformationen
- Reden von Olaf Schulze
- Impressum



Olaf Schulze ist wieder SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Lauenburg-Süd

Die SPD-Delegierten im neuen Wahlkreis Lauenburg- Süd (Kreis Herzogtum Lauenburg: Geesthacht, Lauenburg/Elbe, Schwarzenbek, Amt Lüttau, Amt Hohe Elbgeest und Amt Schwarzenbek-Land) haben sich entschieden: Einstimmig kürten sie Olaf Schulze am 13. September zum Kandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012. Hart aber fair solle er werden, so der Wunsch aller. „Die meisten Gemeinsamkeiten haben wir zurzeit mit den Grünen- mit ihnen werden wir nicht nur den Regierungswechsel sondern auch einen Politikwechsel und einen wieder guten Umgang innerhalb einer Regierung einführe“, sagte Schulze am Rande der kleinen Feier.



13. September 2011. Wahlkreiskonferenz in Dassendorf. Die SPD-Delegierten des neuen Wahlkreis 35 Lauenburg- Süd bei der Wahl.

Kandidatenkür ein. Wer hätte gedacht, dass Schleswig- Holsteins Bürgerinnen und Bürger in zwei Legislaturperioden vorzeitig an die Wahlurnen gerufen werden und nun schon nach zweieinhalb Jahren bereits wieder

„ Seit 1985 bin ich SPD- Mitglied. Heute hier in Dassendorf ist es wie ein Comeback- immerhin habe ich hier als bürgerliches Mitglied und Gemeindevertreter angefangen, aktiv Politik zu machen. Nach meinem Umzug als Ratsherr in Geesthacht, Ausbildung und Studium zum Gewerkschaftssekretär bin ich nun seit 2005 Euer Landtagsabgeordneter. Schickt mich heute Abend bitte wieder nach Kiel- die jetzige Landesregierung hat gezeigt, dass sie es nicht kann. Wir Sozialdemokraten können 2012 den Wechsel schaffen! Meinen neuzugeschnittenen Wahlkreis 35 will und werde ich direkt gewinnen. Kein Hü und Hott mehr, sondern klare Kante für unser Land Schleswig-Holstein. Mit mir habt Ihr, hat unser Wahlkreis eine starke Stimme in Kiel. Unser erstes Ziel muss eine hohe Wahlbeteiligung sein:

Nichtwählen aus Politikverdrossenheit resultiert auch aus dem Verhalten vieler Politiker einfach nicht richtig zuzuhören und unrealistische Versprechen zu machen. So könnten auch Rechtsextreme wie in Mecklenburg-Vorpommern Fuß fassen: 'Wir alle müssen gemeinsam dagegen aufstehen. Und vor allem eine glaubwürdige Politik machen. Das bedeutet: Nur das versprechen, was man auch halten kann- das sorgt für Glaubwürdigkeit“. An die Delegierten gerichtet, sagte Schulze: „Ihr kennt mich, in der Vergangenheit war der ein oder andere auch mal maulig mit mir, auch wenn ich nicht das Blaue vom Himmel versprochen habe- Populismus ist meine Sache nicht! Ich versuche nur das zu versprechen, was ich auch halten kann. Versprochen!“



Nachhaltige Politik bedeute auch: „In der Energiepolitik, für die Metropolregion, für Schulen und Umwelt brauchen wir ehrliche Konzepte- keinen konfusen Populismus. Wir stehen für eine dezentrale Energieversorgung. Wir müssen unsere Stadtwerke stärken. Der Schuldenberg muss abgebaut werden. Tariftreue und Mindestlohn garantieren eine gute Entwicklung- sonst produzieren wir heute die Hartz IV- Empfänger von morgen. Kommunen sind gemeinsam stark, wir müssen großräumiger denken: Die Aktivregion bietet dafür gute Ansätze. Gastschulabkommen müssen unbürokratisch und schnell umgesetzt werden. Ich setze auf gute Anbindung des Hamburger Umlands, mit einem starken Lauenburger Bahnhof, guten Busverbindungen im Hamburger Umland und schnellen Wegen von Büchen in die Metropole. Mit Olaf Scholz und der SPD in Hamburg werden wir viel gemeinsam für unsere Region bewegen können.“



13. September 2011. Wahlkreis-konferenz in Dassendorf. Der Kreisvorsitzende der SPD Herzogtum Lauenburg, Peter Eichstädt, gratuliert Olaf Schulze als erster zur Wahl zum Kandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012.

Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa

Europa ist insbesondere für uns Deutsche von elementarer Bedeutung. Wir haben von der Gemeinschaft immer profitiert, wir haben durch sie dauerhaften Frieden, Freiheit und Wohlstand erfahren. Dies gilt es zu bewahren und gegen zerstörerische Kräfte zu schützen.

Zahlen und Fakten sprechen ein anderes Bild: Nach den Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau wuchs die deutsche Wirtschaft in den vergangenen beiden Jahren zwei bis 2,5 Prozentpunkte schneller, als das mit einer eigenen Währung möglich gewesen wäre. Das entspricht einem Vorteil von rund 50 bis 60 Mrd. Euro. Deutschland ist Export-Weltmeister, aber der Großteil der Ausfuhren geht in Länder der EU. Deutschland ist selbst in der Krise Profiteur der Europäischen Union.

Die europäische Idee ist bedroht – aber nicht durch Griechenland. In Griechenland leben die Menschen nicht über ihre Verhältnisse! Es sind vielmehr Finanzjongleure und Marktradikale, die auf Kosten der Allgemeinheit zocken und spekulieren. Wir können aber gegensteuern und haben es in der Finanzkrise gezeigt. Die Konjunkturpakete, die unter den Ministern Steinmeier und Steinbrück aufgelegt wurden und die Arbeitsmarktpolitik von Olaf Scholz haben gezeigt, dass der Staat diese Probleme lösen kann.

Die „freien“ Märkte dagegen verschärfen die Krise, sie sind das Problem. Leider tragen die schwachen Regierungen der großen europäischen Volkswirtschaften von Merkel bis Berlusconi nicht dazu bei, die Europa-Krise zu



lösen. Wobei insbesondere CSU und FDP offenkundig den überparteilichen Konsens aufgekündigt haben, für die europäische Idee zu werben. Europa ist aber auch bedroht durch Europapopulisten wie die FDP, die den Menschen Angst machen und mit Vorurteilen und Ressentiments arbeiten.

Was können wir tun? Wir brauchen eine gemeinsame europäische Politik für die Menschen, nicht für die Märkte. Wir brauchen konkrete Handlungsoptionen. Wir setzen auf ein soziales Europa, in dem nicht die Finanzmärkte die Politik bestimmen, sondern die Bürgerinnen und Bürger, und in dem der Primat der Politik gilt.

Wir brauchen eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die bei der Konsolidierung öffentlicher Haushalte nicht einseitig auf Einsparungen setzt, sondern auch neue Möglichkeiten für nachhaltiges Wirtschaftswachstum schafft. Privatisierungen und die Parole „Löhne runter“ sind keine Lösung.

Wir brauchen vielmehr Programme zur Förderung von Ausbildung, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie für den Ausbau von Arbeitnehmerrechten. Wir brauchen eine effektive Finanzaufsicht, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, damit die beteiligt werden, die die Krise ausgelöst haben.

Zum Glückspielvertrag

Mit der Verabschiedung des Glückspielvertrages hat die schwarz-gelbe Koalition im Alleingang den Wett-Markt für

Privatanbieter weit geöffnet. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit ihrem Gesetz zur Neuordnung des Glücksspiels den Markt für kommerzielle Anbieter geöffnet – was zur Folge haben kann, dass Schleswig-Holstein zum „Las Vegas im Norden“ wird. Mit dem Gesetz ist die schwarz-gelbe Regierung isoliert, weil die Regierungen der übrigen Bundesländer diesem Weg mehrheitlich nicht folgen werden.

Bisher hat CDU-FDP Regierungskoalition nicht den Nachweis erbringen können, dass die hiermit verbundenen Nachteile durch entsprechende Vorteile für das Land aufgewogen werden. Die Erwartungen insbesondere hinsichtlich der zu erwartenden Gewerbeansiedlungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Steuereinnahmen beruhen auf Prognosen, die jeder seriösen Grundlage entbehren. Auffällig war dabei in dem Verfahren der massive Versuch von Lobbygruppen, auf eine Art und Weise Einfluss zu nehmen, die geeignet ist, Politik und Parlament in Misskredit zu bringen.

Unsoziale Sparpolitik zementiert die Arbeitslosigkeit

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik braucht eine gute Arbeitsvermittlung und effektive Fortbildungsprogramme für Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind bzw. bereits arbeitslos sind. Aktive Arbeitsmarktpolitik muss auch dafür sorgen, dass junge Menschen den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf schaffen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik braucht aber auch ein ausgewiesenes Programm, um die Spaltung am Arbeitsmarkt in jene, die schon zwei Jahre und länger



arbeitslos sind, und jene, die erst kurzfristig arbeitslos sind, zu überwinden. Und genau an dieser Stelle und vor allem an dieser Stelle versündigt sich die Bundesregierung mit ihrem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt an den Menschen, die längerfristig arbeitslos sind.

Die vorgelegte Arbeitsmarktreform der Bundesregierung wird den aktuellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt nicht gerecht. Durch das unverantwortliche Zusammenstreichen von Förderinstrumenten spart die Bundesarbeitsministerin kurzsichtig auf Kosten von Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und Älteren eine Bewertung, die von vielen geteilt wird. „Einsparungen in der Arbeitsmarktpolitik kontraproduktiv“, lautet die Bewertung der Bischöfe der evangelischen und katholischen Kirche im Norden und des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gemeinsam fordern diese drei Organisationen, „die so genannte Instrumentenreform müsse deshalb grundlegend korrigiert werden. Ziel müsse eine langfristig ausgerichtete nachhaltige Arbeitsmarktpolitik sein“.

Um die Dimension dieser unsozialen Sparpolitik noch einmal zu verdeutlichen, ein paar Zahlen: Bis 2015 will die Bundesregierung 19 Mrd. Euro, 11,5 Mrd. Euro bei Menschen im Bezug des Arbeitslosengeldes I und 7,5 Mrd. Euro bei Menschen im Bezug des Arbeitslosengeldes II, einsparen.

Die SPD Landtagsfraktion fordert eine Rücknahme dieser unsozialen Sparbeschlüsse, um die weitere Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Langzeitarbeitslose brauchen echte Chancen auf Qualifizierung und Beschäftigung. Aktive Arbeitsmarktpolitik muss gegen prekäre Beschäftigung vorgehen und für Fairness auf dem Arbeitsmarkt sorgen. Deshalb brauchen wir gute Arbeit und auch endlich einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Kurzinformationen

Olaf Schulze unterstützt Wahlkampf in Boizenburg

5. September 2011. Olaf Schulze hat in Boizenburg gemeinsam mit Landwirtschaftsminister Till Backhaus Brötchen verteilt, um mit den Wählern ins Gespräch zu kommen.



In der Partnerstadt Lauenburgs erzielte die SPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ein gutes Ergebnis. Bitterer Beigeschmack: Die Rechtsextremen konnten hier noch mehr als im Landesdurchschnitt punkten. „Alle demokratischen Kräfte sind jetzt aufgerufen, noch mehr den direkten Kontakt zum Wähler zu suchen- ein Weg, um der Politikverdrossenheit vorzubeugen, und damit den Rechten den Nährboden für ihre Parolen zu entziehen“, sagt Olaf Schulze.



Olaf Schulze in Schwarzenbek beim Zukunftsgespräch mit Thorsten Albig



6. September 2011. Beim Zukunftsgespräch mit Thorsten Albig, dem SPD- Spitzenkandidaten für den 6. Mai 2012, diskutierten rund 120 Gäste in Schwarzenbek. „Ein Zeichen, dass wir mit unserer Öffnung nach außen, auch für Nichtmitglieder, auf dem richtigen Weg sind“, sagte Olaf Schulze.

Seniorengruppe des DGB Geesthacht zu Besuch bei Olaf Schulze im Landtag

Die Seniorengruppe des DGB Geesthacht war am 8. September zu Besuch im Kieler Landtag und traf dort Olaf Schulze.



Die Gäste des DGB ließen sich zunächst durch das Landeshaus führen und waren doch überrascht über die kleinen Büros der Abgeordneten. Die Gruppe diskutierte im Fraktionsraum der SPD die Probleme der CCS-Technik, kommunalpolitische Themen, wie z.B.

die Umgehungsstraße für Geesthacht und andere aktuelle Tagesthemen. Wer immer schon mal hinter die Kulissen der Landespolitik in Kiel schauen wollte, für den war die Fahrt ein voller Erfolg.

Arbeitskreis Umwelt zu Besuch im Jugendwaldheim Hartenholm

Am 9. September besuchte der SPD-Arbeitskreis Umwelt und ländliche Räume das Jugendwaldheim Hartenholm. Das Haus liegt unweit von Bad Segeberg und vermittelt Jugendlichen vielseitige Erlebnisse und lehrreiche Erfahrungen rund um das Thema Wald. Umgeben von etwa 5000 Hektar Wald lernen Schülerinnen und Schüler die Natur auf eindrucksvolle Weise kennen. Das Jugendwaldheim bietet ein breites Spektrum an Aktionen und Projekten, wie z.B. aus den Bereichen „Waldwissen“, „Wald erleben“ oder „Wald nutzen“. Olaf Schulze unterhielt sich mit Teilnehmern einer Schulklasse aus Lübeck und ließ sich von ihren Erlebnissen berichten.



Olaf Schulze: „Klimawandel, Holzunger, Waldschäden, Artensterben, wie geht es weiter? Viele Fragen an den Wald und an die Zukunft, Fragen, die hier vor Ort nicht nur pädagogisch bestens, sondern auch authentisch beantwortet werden können.“



Reden von Olaf Schulze aus dem Landtag

Wir brauchen Steuern für Investitionen und Schuldensenkung

Landtagsrede vom 25.08.2011 zu TOP 23, Keine Steuersenkungen zu Lasten des Landes und der Kommunen (Drucksache 17/1632 und 17/1723)

Erstmal ganz herzlichen Dank an Bündnis 90/Die Grünen für diesen Antrag. Steuern senken – das geht gar nicht! Allein ein Blick in die USA, wo Reiche Zug um Zug von Steuern entlastet worden sind, zeigt, dass das nicht den gewünschten Effekt hat. Auch hier in Deutschland, das muss ich als Sozialdemokrat selbstkritisch anmerken, haben wir leidvoll erfahren müssen, dass mit Steuersenkungen kein Blumentopf zu gewinnen ist.

Die Kommunen haben überwiegend Pflichtaufgaben zu erfüllen und dafür brauchen sie verlässliche Einkünfte. Daher sind mit der SPD Steuersenkungen nicht machbar. Und wie es um die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein steht, sehen die Mitglieder dieses Hauses regelmäßig bei den Haushaltsberatungen. Wir werden keine Steuersenkung mittragen, mit der die Finanzen des Landes zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern, von kleinen Initiativen, von Schulen, von Sicherheit und von den Interessen des Landes geschwächt werden. Sie, meine Damen und Herren, sollten das auch nicht tun.

Ich möchte den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen dazu nutzen, noch mal deutlich zu machen, dass eine Entlastung von gering Verdienenden aus Sicht der SPD dringend geboten ist – aber nicht in Form von

Steuersenkungen, von denen diese Gruppe überhaupt nichts hat, weil sie kaum Einkommensteuer zahlen muss, weil sie wenig zu vererben hat und weil sie nur zu kleinen Teilen am Konsum partizipieren kann.

Wir sollten gezielt bei den gering Verdienenden ansetzen, wenn es darum geht, Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ich wünsche mir einen konstruktiven Diskurs über die Konzepte, die es dafür gibt:

-ein Progressionsmodell für Sozialversicherungsbeiträge,

-ein Kinderfreibetragsmodell in der Sozialversicherung,

um nur einige zu nennen. Solche Maßnahmen würden wenigstens bei denen ankommen, die sie dringend brauchen, und sie würden vor allem nicht zu Lasten der Länder und Kommunen gehen.

So kann Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik gehen, meine Damen und Herren, und wir sollten uns daran machen, zügig darauf hin zu arbeiten. CDU und FDP dagegen wollen langatmig eine Idee nach der nächsten zu Tode reden und halten sich für die nächsten 10 Jahre sogar Steuersenkungen offen.

Die Länder brauchen gute Steuereinnahmen, weil wir nicht nur unsere Schulden reduzieren wollen, sondern auch in Schule und Hochschule investieren wollen und müssen.

Die Kommunen brauchen gute Steuereinnahmen, weil sie nicht nur ihre Schulden reduzieren wollen, sondern auch in frühkindliche Bildung investieren wollen und müssen. Das Land und die Kommunen



brauchen Steuereinnahmen, um die Infrastruktur, wie Straßen, Büchereien, Nahverkehr und Breitband zu erhalten und auszubauen.

Sie wissen, dass die SPD-Fraktion für die Schuldenbremse steht. Ich bin jedoch ein engagierter Gegner des kaputt-Sparens. Unsere Gesellschaft sollte sich schleunigst daran machen, gerechter zu werden und einen Konsens zu finden, auf welche öffentlichen Aufgaben es heute und in Zukunft ankommt. Wer es sich leistet, wider besseres Wissen – und wir wissen es tatsächlich alle besser! – Steuersenkungen zu fordern oder zu unterstützen oder auch nur im Bundesrat mit faulen Deals zu akzeptieren, handelt gegen die Interessen des Landes Schleswig-Holstein und der schleswig-holsteinischen Kommunen.

Daher tragen wir die Forderung der Grünen mit: Wir fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat Steuersenkungen abzulehnen und wir fordern sie auf, der Bundesregierung zu erklären: Mit Schleswig-Holstein gibt es keine Steuersenkungen!

Mit dem Pumpspeicherwerk Geesthacht in die Energiewende

Landtagsrede vom 16.09.2011 zu TOP 6 und 7 Änderung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern:

Es gibt keinen Zweifel an der Bedeutung von Pumpspeicherkraftwerken als Energiespeicher und damit als Voraussetzung für die Energiewende hin zur ausschließlichen Nutzung erneuerbarer Energien. Das gilt auch

und besonders für das derzeit einzige Pumpspeicherwerk Schleswig-Holsteins in Geesthacht. Seit 10 Jahren wird es nur eingeschränkt genutzt, daher muss es fit gemacht werden. Darin besteht sicher bei allen Fraktionen im Landtag Einigkeit. Nun den Vorgängerregierungen – übrigens seit 2005 auch die CDU – vorzuwerfen, sie hätten hier blockiert und versäumt zu handeln, ist falsch. Es wurden bis jetzt von Regierungsseite immer wieder rechtliche Probleme dargestellt, warum eine Ausnahme nicht möglich ist. Wir wollen aber heute für die Zukunft entscheiden.

Nach dem Willen der Regierungsfractionen und auch der Grünen soll das Gesetz zur Erhebung der Oberflächenwasserabgabe geändert und für Pumpspeicherkraftwerke der bisherige Erhebungssatz auf nur noch ein Zehntel gesenkt werden. Dieser Vorschlag einer gesetzlichen Änderung für lediglich ein - von Vattenfall betriebenes - Unternehmen muss sich natürlich den Anforderungen des Wettbewerbsrechts stellen, sonst wäre er willkürlich und würde zu Klagen anderer Unternehmen führen. Generell ist es schwierig, nur eine Stellschraube in Bewegung zu setzen, um betriebswirtschaftlich derzeit nur einen Betrieb wieder in Gang zu setzen. Dabei schwingt ein den Gesetzen generell fremder Gedanke mit, die Einteilung in gute und schlechte Betriebe, so sehr ich mir das manchmal auch selber wünsche. Gesetze dürfen jedoch nicht willkürlich und nach Gutdünken gemacht werden, dieser Verdacht muss ausgeschlossen sein.

Nun soll der Gesetzentwurf von CDU und FDP im Eilverfahren in 1. und 2. Lesung in nur einer Tagung behandelt werden. Das überzeugt uns



nach der Beratung im Umwelt- und Agrarausschuss nicht. Dort wurde für uns überraschend die zuständige Umweltministerin durch den Wirtschaftsminister vertreten.

So mussten einige entscheidende Fragen unbeantwortet bleiben:

Gibt es für die vorgesehene Senkung der Abgabe für Pumpspeicherwerke auf ein Zehntel der bisherigen Gebühren eine ausreichende ökologische Begründung? Denn es handelt sich hier um ein Umweltschutzgesetz, das Schäden am Ökosystem Wasser, die infolge Wasserentnahme entstehen, kompensieren soll; durch Abgaben für spätere Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wasserqualität.

Wie groß ist die Gefahr wettbewerbsrechtlicher Klagen anderer Unternehmen auf Gleichbehandlung?

Sind die vorgeschlagenen neuen Abgabesätze nicht zu sehr auf die betriebswirtschaftliche Situation des Pumpspeicherwerks Geesthacht ausgerichtet und somit das Gesetz willkürlich auf einen Einzelfall zugeschnitten?

Wie wird das Pumpspeicherwerk Geesthacht zur Speicherung des Windkraftstroms in die Energiewende eingebunden?

Dies alles ist für uns weiter unklar. Deshalb haben wir im Ausschuss eine - für uns ohnehin selbstverständliche - Anhörung zu diesen Fragestellungen mit den Verbänden des Umwelt- und Naturschutzes sowie der Energiewirtschaft beantragt. CDU und FDP haben dies mit dem Hinweis auf den Eilbedarf des Gesetzes abgelehnt. Das erstaunt uns, da derartig begünstigende Gesetzesänderungen

auch rückwirkend in Kraft treten können. Diese Rückwirkung stand sogar ausdrücklich im vorgelegten Gesetzentwurf, aber den CDU- und FDP-Vertretern war wohl ihr eigener Gesetzentwurf nicht geläufig. Unser Eindruck ist, dass der Eilbedarf eher den laufenden Parteinominierungsverfahren und dafür benötigten Erfolgsmeldungen der Landtagskandidaten geschuldet ist.

Auch die SPD möchte das Pumpspeicherwerk Geesthacht und möglichst auch weitere für die Energiewende nutzen. Wir wollen aber kein Gesetz übers Knie brechen, das dann bei einer Klage von Konkurrenten vor Gericht keinen Bestand hat und wieder einkassiert werden muss. Deswegen wird sich meine Fraktion heute in der Abstimmung enthalten.



NEWSLETTER

September '11

Impressum

Olaf Schulze, Landtagsabgeordneter im Schleswig-Holsteinischen Landtag für den Wahlkreis Lauenburg-Süd (WK 40)

Redaktion: Dr. Michael Schmidt

Wahlkreisbüro

Bergedorfer Straße 73

21502 Geesthacht